

## Jahrgang 68, 2019, Heft 1 – Inhalt

### **GWP INTERN**

|  |   |
|--|---|
| Bernhard Schäfers zum Achtzigsten .....                | 1 |
| Walter-Jacobsen-Preis 2018 für Christian Fischer ..... | 2 |

|                        |   |
|------------------------|---|
| <b>EDITORIAL</b> ..... | 3 |
|------------------------|---|

### **ONLINE-ARCHIV – ERWEITERT**

*Redaktion*

|   |   |
|---|---|
| Die Wahlen zum Europäischen Parlament ..... | 7 |
|---|---|

### **MEINUNG**

*Sibylle Reinhardt*

|   |    |
|---|----|
| Jagd auf Lehrer statt Beutelsbacher Konsens<br>Kommentar zum Portal „Neutrale Schulen“ der AfD in Hamburg ..... | 13 |
|---|----|

### **INTERVIEW**

|   |    |
|---|----|
| Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Globalisierung<br>Fragen an Professor <i>Hermann Adam</i> ..... | 21 |
|---|----|

### **AKTUELLE ANALYSE**

*Heinrich Peble*

|   |    |
|---|----|
| Die Europäische Union im Kampf um den Rechtsstaat ..... | 29 |
|---|----|

*Philipp Adorf*

|   |    |
|---|----|
| Amerika nach den „Midterms“ – Anfang vom Ende oder Ende des Anfangs<br>der Trump-Ära? ..... | 34 |
|---|----|

### **WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOLUMNE**

*Jens van Scherpenberg*

|   |    |
|---|----|
| Nord Stream 2 und die Energiesouveränität Europas ..... | 41 |
|---|----|

### **FACHAUFSÄTZE**

*Oskar Niedermayer*

|   |    |
|---|----|
| Die Mitte bröckelt, die Ränder legen zu<br>Die Entwicklung des Parteiensystems nach der Bundestagswahl 2017 ..... | 49 |
|---|----|

*Andreas Nölke*

|  |    |
|--|----|
| Die südliche Eurozone – eine vergessene Dauerkrise ..... | 60 |
|--|----|

*Everhard Holtmann*

|   |    |
|---|----|
| „Das Volk“ als Fluchtburg in Krisenzeiten. Zur Wiederkehr eines historisch<br>gewachsenen Deutungsmusters im gegenwärtigen Rechtspopulismus ..... | 73 |
|---|----|

|   |     |
|---|-----|
| <i>Christina van Deuverden</i><br>Die Pläne der Kommission für die EU-Finzen bis 2027 .....   | 85  |
| <i>C. Katharina Spieß und Josefine Koebe</i><br>Die frühe Bildung und Betreuung in Deutschland: Familien- oder<br>Bildungspolitik? Oder beides? .....   | 97  |
| <b>ESSAY</b>  |     |
| <i>Gottfried Richenhagen</i><br>„Der Mensch ist lernfähig, aber nicht belehrbar“ .....  | 109 |
| <b>KONTROVERS DOKUMENTIERT</b>  |     |
| <i>Roland Sturm</i><br>Digitalpakt kontrovers. Die falsche Alternative: Die Schulen retten oder den<br>Föderalismus retten? .....   | 115 |
| <b>POLITISCHE DIDAKTIK</b>  |     |
| <i>Christian Fischer</i><br>Die Konfliktanalyse als Unterrichtsmethode im Lernfeld<br>„Internationale Beziehungen“ – am Beispiel der Nordkorea-Krise .....  | 119 |
| <i>Christopher Wennrich und Marius Bosse</i><br>Soziologische Theorie im sozialwissenschaftlichen Unterricht am Beispiel der<br>Studie „Etablierte und Außenseiter“ von Norbert Elias und John L. Scotson ...                 | 130 |
| <b>DAS BESONDERE BUCH</b>   |     |
| <i>Friedbert W. Rüb</i><br>Kann man die Demokratie vor ihrem Niedergang retten? .....   | 143 |
| <b>REZENSIONEN</b>  |     |
| <i>Tilman Grammes, Andreas Eis, Claire Moulin-Doos (Hg.) (2018): Kritische<br/>politische Europabildung – Die Vielfachkrise Europas als kollektive<br/>Lerngelegenheit? Immenhausen .....</i>                                 | 151 |
| <i>Christine Barp, Carl Deichmann/Marc Partetzke (Hrsg.) (2018): Schulische und<br/>außerschulische politische Bildung. Qualitative Studien und<br/>Unterrichtsbeispiele hermeneutischer Politikdidaktik, Wiesbaden .....</i> | 152 |
| <b>AUTORINNEN UND AUTOREN .....</b>   | 153 |

# Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Globalisierung

## Fragen an Professor Hermann Adam

*Redaktion:* Was sind für Sie die Hauptmerkmale des Zeitalters der Globalisierung?

*Adam:* Dank günstiger Transportkosten und schneller Kommunikation werden Waren überall auf der Welt produziert und verkauft, je nachdem, wo es am günstigsten ist und wo sich die höchsten Preise erzielen lassen. Ebenso werden Dienstleistungen, z. B. der Touristikbranche, über nationale Grenzen hinweg angeboten und verkauft. Besonders der grenzüberschreitende Kapitalverkehr, die Kapitalanlage und Kreditaufnahme in anderen Ländern, hat durch die seit den 1980er Jahren erfolgte Liberalisierung der Finanzmärkte eine enorme Bedeutung erlangt. Im EU-Raum kommt außerdem die Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt dazu: EU-Bürger können sich frei bewegen und im EU-Ausland arbeiten.

Folge der Globalisierung ist eine fortschreitende Zunahme der internationalen Arbeitsteilung. Industrielle Massenproduktion, für die nur geringe Qualifikationen erforderlich sind, wird in Billiglohnländer verlagert, Arbeitsplätze in Hochlohnländern wie Deutschland werden in hoher Zahl vernichtet. Profiteur der Globalisierung ist das Kapital. Es ist im Unterschied zur Arbeit sehr mobil und kann dort auf der Welt investiert werden, wo es die höchste Rendite abwirft. Seit der Liberalisierung der Finanzmärkte werden Unternehmensgewinne auch immer weniger in Realkapital, also in Maschinen reinvestiert, sondern in Wertpapieren angelegt, die kurzfristig höhere Renditen versprechen. Die Gleichung „Hohe Gewinne = mehr Investitionen in Real-



**Prof. Dr. Hermann Adam**

lehrt Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.  
Sein Buch „Bausteine der Wirtschaft“ ist 2015 in 16. Auflage erschienen.

# Die Europäische Union im Kampf um den Rechtsstaat

*Heinrich Pehle*

## 1. Die Europäische Union als Wertegemeinschaft

Die Europäische Union versteht sich selbst nicht nur als Wirtschafts- und Rechts-, sondern auch als eine „Wertegemeinschaft“. Der Vertrag über die Europäische Union (EUV) nennt mit Artikel 2 an prominenter Stelle die Werte, auf die sich die Union gründet. Es sind dies „die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte“. Der Rechtsstaatlichkeit kommt dabei ein besonderes Gewicht zu, ist es doch dieses Prinzip, das die Einhaltung der anderen Werte im Zweifel garantieren soll.

Am 1. Januar dieses Jahres ist die EU-Ratspräsidentschaft von Österreich turnusgemäß an Rumänien übergegangen. Damit steht bis zum 30. Juni 2019 ein Mitgliedstaat an der Spitze der Europäischen Union, dem die Europäische Kommission in ihrem vorerst letzten Fortschrittsbericht vom 13. November 2018 unter anderem vorwirft, mit der Unabhängigkeit der Justiz eine

der zentralen Säulen der Rechtsstaatlichkeit massiv in Frage zu stellen. Nachdem die von der Kommission in diesem Zusammenhang an Rumänien bereits in der Vergangenheit adressierten Empfehlungen von der Regierung in Bukarest nicht nur nicht umgesetzt wurden, sondern im Gegenteil deutliche Rückschritte in Bezug auf die Bewahrung rechtsstaatlicher Prinzipien zu konstatieren waren, scheint es nicht unwahrscheinlich, dass den im aktuellen Fortschrittsbericht erneut formulierten Handlungsempfehlungen ein ähnliches Schicksal droht. Deshalb werden derzeit mögliche Sanktionen gegen die rumänische Regierung diskutiert. Im Zentrum entsprechender Überlegungen steht das sogenannte Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 EUV

Das Rechtsstaatsverfahren soll dazu dienen, die europäische Wertegemeinschaft im Falle ihrer Gefährdung zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Mitgliedstaaten, welche die gemeinsamen Werte verletzen, sollen wieder auf den rechten Weg gebracht werden. Ein entsprechendes Verfahren wurde bisher erst in zwei Fällen aktiviert, nämlich zu Beginn des Jahres 2016 gegen die polnische, im



**Prof. Dr. Heinrich Pehle**

war bis zu seiner Pensionierung Akademischer Direktor am Institut für Politische Wissenschaft der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

# Amerika nach den „Midterms“ – Anfang vom Ende oder Ende des Anfangs der Trump-Ära?

*Philipp Adorf*

## Einleitung

Das Jahr 2018 endete in den Vereinigten Staaten auf einer chaotischen Note, die Donald Trumps zweites Amtsjahr in gewisser Hinsicht perfekt abschloss. Agierte der Präsident in den ersten zwölf Monaten noch zumeist als konventioneller Republikaner in Fragen der Außen-, Sicherheits-, Handels- und Wirtschaftspolitik, so entschied er sich im Frühjahr einen Handelskonflikt mit „Gegnern“ wie China und Verbündeten wie der EU und Kanada zu entfachen. Vormalige Weggefährten wie der ehemalige Außenminister Rex Tillerson wurden von Trump öffentlich als „dumb as a rock“ denunziert während insgesamt ein beispielloser Verschleiß an Führungspersonal fortgeführt wurde, der im Dezember in der Suche eines neuen – und nunmehr dritten – Stabschefs des Weißen Hauses sowie Verteidigungsministers gipfelte. Hinzu kam der längste „Government Shutdown“ in der Geschichte des Landes, ausgelöst durch Trumps Entscheidung, in letzter Sekunde einem Übergangshaushalt seine Unterschrift zu verwehren, da dieser keine Mittel für seine Grenzmauer vorsah.

Der Haushaltsdisput gibt Aufschluss über potenzielle zukünftige Konflikte in der amerikanischen Hauptstadt. Am 3. Januar übernahm die Demokratische Partei die Kontrolle über das Repräsentantenhaus. War Donald Trump schon in den beiden Jahren davor eher selten in der Lage, legislative Erfolge zu feiern, so ist zu erwarten, dass die Demokraten in der unteren Kammer alles daransetzen werden, die Vorstöße der Regierung im Keim zu ersticken. Dazu kommen die Möglichkeiten, mit den neuerlangten Vorsitzen der Ausschüsse des Repräsentantenhauses fragwürdigen Verstrickungen Trumps sowie seiner Regierungsmitglieder nachzugehen beziehungsweise offen zu legen. Dies dürfte nicht zuletzt auch Folgen für die Besetzung von Ämtern innerhalb der Trump-Regierung haben. Eine Vielzahl von potenziellen Kandidaten für die Neubesetzung der Position des Stabschefs des Weißen Hauses nahmen ihre Namen aus dem Rennen für diesen Posten; wohlwissend, dass die Demokraten in den nächsten beiden Jahren jede Person in der Sphäre Donald Trumps und deren Vergangenheit genau inspizieren werden.



**Dr. Philipp Adorf**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

# Nord Stream 2 und die Energiesouveränität Europas

*Jens van Scherpenberg*

Die seit einigen Jahren schwelende innereuropäische wie transatlantische Kontroverse um das Projekt einer zweiten direkten Erdgas-Pipeline zwischen Russland und Deutschland – Nord Stream 2 – erfuhr zu Beginn des Jahres 2019 eine neuerliche Verschärfung, als bekannt wurde, dass der Botschafter der USA in Berlin, Richard Grenell, unter grobem Verstoß gegen diplomatische Usancen einen Brief an deutsche Firmen schrieb, die mit dem Projekt geschäftlich verbunden sind, in dem er ihnen offen mit amerikanischen Sanktionen gegen das Projekt und seine Beteiligten drohte, da dieses vitale amerikanische, aber auch europäische politische und Sicherheitsinteressen verletze.

Aber auch innereuropäisch stehen sich Gegner und Unterstützer des Projekt zum Teil erbittert gegenüber, aus unterschiedlichen Gründen.

Um so wichtiger ist es, die kontroversen Positionen auf ihre Stichhaltigkeit, ja auf ihre Lauterkeit hin zu hinterfragen. Sind es nur Sicherheitsinteressen, die die Gegnerschaft der USA, Polens und der baltischen Staaten gegen das Projekt bestimmen? Oder spielen hier auch wirtschaftliche

Aspekte eine Rolle? Und sind die „rein wirtschaftlichen“ Motive für das Projekt plausibel? Verfolgen Deutschland und die anderen an dem Projekt indirekt beteiligten EU-Staaten damit keinerlei politische Absichten?

## Das Projekt, seine Beteiligten und seine Gegner

Die Erdgas-Pipeline Nord Stream 2, die derzeit im Bau ist und noch 2019 fertiggestellt sein soll, wird mit zwei Strängen überwiegend parallel zu der schon Ende 2011 in Betrieb genommenen, ebenfalls zweisträngigen Nordstream-Pipeline verlegt. Während letztere bei der russischen Stadt Wyborg nahe der russisch-finnischen Grenze beginnt, wird die russische Landstation von Nord Stream 2 bei Ust-Luga nahe der russisch-estnischen Grenze liegen. Im Finnischen Meerbusen und damit an der Grenze zwischen der russischen und finnischen ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) laufen die Trassen beider Pipelines zusammen und durchque-



**Dr. Jens van Scherpenberg**

Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft  
Ludwig-Maximilians-Universität München

# Die Mitte bröckelt, die Ränder legen zu

## Die Entwicklung des Parteiensystems nach der Bundestagswahl 2017

*Oskar Niedermayer*

### **Zusammenfassung:**

Nach den deutlichen Veränderungen des Parteiensystems durch die Bundestagswahl 2017 vollzog sich im ersten Jahr nach der Wahl ein weiterer Wandel: Die Union und die SPD fielen bis zum Herbst 2018 auf die niedrigsten jemals gemessenen Umfragewerte zurück. Die AfD konnte ihre Wählerunterstützung bis zu diesem Zeitpunkt deutlich steigern und die Grünen erlebten einen Hype, der sie zur zweitstärksten Partei werden ließ. FDP und Linkspartei dagegen konnten von den Veränderungen nicht profitieren. Der Beitrag analysiert die Gründe für diesen Wandel, die – auf dem Hintergrund einer durch die Flüchtlingskrise seit dem Herbst 2015 gespaltenen und polarisierten Gesellschaft – nicht nur in den Rahmenbedingungen des politischen Wettbewerbs, sondern vor allem in einer Reihe von inhaltlichen und personellen Entscheidungen der parteipolitischen Eliten zu suchen sind.

Die Bundestagswahl 2017 führte zu deutlichen Veränderungen des Parteiensystems.<sup>1</sup> Für die CDU/CSU und SPD war die Wahl ein schwarzer Tag. Noch nie in der fast 70-jährigen Wahlgeschichte der Bundesrepublik mit insgesamt 19 Bundestagswahlen hatten die beiden großen Parteien zusammengenommen einen so geringen Stimmenanteil. Die Union musste gegenüber 2013 Verluste von 8,6 Prozentpunkten hinnehmen und erzielte mit 32,9 Prozent das zweitschlechteste Wahlergebnis ihrer Parteigeschichte. Damit lag sie aber immer noch deutlich vor der SPD, die mit 20,5 Prozent das schlechteste Ergebnis ihrer bundesrepublikanischen Geschichte einfuhr. Der FDP, die 2013 knapp an der 5-Prozent-Hürde gescheitert war, gelang mit 10,7 Prozent ein bemerkenswertes Comeback und die AfD, die 2013 den Einzug in den Bun-



**Prof. Dr. Oskar Niedermayer**  
Fakultät für Politik- und Sozialwissenschaften  
Freie Universität Berlin

destag ebenfalls knapp verfehlt hatte, wurde mit 12,6 Prozent zur drittstärksten Partei. Die Grünen und die Linkspartei dagegen mussten sich mit geringen Steigerungsraten zufriedengeben und kamen auf 8,9 bzw. 9,2 Prozent. Insgesamt erreichte die Zersplitterung des Parteiensystems den höchsten Wert der bundesrepublikanischen Geschichte. Im ersten Jahr nach der Wahl vollzog sich ein weiterer Wandel des Parteiensystems, der in diesem Beitrag analysiert wird.

## Der Einbruch der Volksparteien

Die Volksparteien haben aufgrund des ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels, der zur Erosion ihrer traditionellen Wählermilieus und zum Rückgang der langfristigen Bindungen an sie geführt hat, mit längerfristigen Mobilisierungsschwierigkeiten zu kämpfen. Der langfristige Abwärtstrend kann jedoch durch politische Sach- und Personalentscheidungen der Parteien selbst verschärft, abgemildert oder sogar ins Gegenteil verkehrt werden, denn das Ausmaß der Wählerunterstützung wird nicht nur durch die langfristigen Parteibindungen bestimmt, sondern auch – und durch den Bindungsrückgang in zunehmendem Maße – von zwei kurzfristigen Faktoren: den Orientierungen der Wähler gegenüber den inhaltlichen Positionen und dem Spitzenpersonal der Parteien.

Im Bereich des inhaltlichen Politikangebots wurde der Trend vor allem durch deutliche Positionsveränderungen der Parteien auf einer der Konfliktlinien des Parteiensystems beeinflusst. Der Parteienwettbewerb wird seit längerer Zeit durch eine wirtschafts- und eine gesellschaftspolitische Konfliktlinie geprägt, die auf unterschiedlichen Wertgrundlagen fußen. Im wirtschaftspolitischen Sozialstaatskonflikt zwischen den Grundwerten soziale Gerechtigkeit und Marktfreiheit geht es um die Rolle des Staates im ökonomischen Wettbewerb. Der gesellschaftspolitische Konflikt dreht sich um die Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens. Hier stehen linksliberale, multikulturell und globalorientierte Wertvorstellungen auf der einen und konservative bis autoritäre, die nationale Identität und Kultur betonende Werte auf der anderen Seite. In den die öffentliche Diskussion prägenden Links-Rechts-Kategorien ausgedrückt heißt dies, dass es in beiden Bereichen jeweils eine linke und eine rechte Position gibt. Die Volksparteien müssen bei der Positionierung auf den Konfliktlinien einen schwierigen Balanceakt vollführen: Einerseits müssen sie voneinander unterscheidbar sein, um den Wählern Argumente für ihre Wahl zu liefern. Andererseits müssen sie in der Nähe der Mitte bleiben, weil an den Rändern zu wenig Wähler sind, um die noch andere Parteien mit ihnen konkurrieren. Hinsichtlich der Unterscheidbarkeit helfen ihnen ihre unterschiedlichen Wertefundamente. Bei der SPD sind dies die Grundwerte der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität, die CDU ruht in ihrem Wertefundament seit jeher auf drei Säulen: dem wirtschaftspolitischen Liberalismus, dem gesellschaftspolitischen Konservatismus und dem christlich-sozialen Menschenbild. Bei der Umsetzung dieser Grundwerte in konkrete Politik besteht ein Akzeptanzkorridor seitens ihrer Wählerschaft, innerhalb dessen sich die Parteien mit ihrem Angebot halten müssen und dessen Verlassen für sie gravierende Konsequenzen haben kann. Dies bekam

# Die südliche Eurozone – eine vergessene Dauerkrise

Andreas Nölke

## Zusammenfassung

Warum lässt sich zehn Jahre nach Ausbruch der Eurokrise keine durchgreifende Besserung der Situation in Südeuropa feststellen? Und was sind die weiteren Perspektiven? Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir zunächst den Charakter der Krise und ihre Ursachen verstehen. Vor diesem Hintergrund werden dann die Reformen zur Stabilisierung des Euros eingeordnet und die weiteren Handlungsoptionen abgewogen.

In diesen Tagen könnte überall das zwanzigjährige Jubiläum der Euro-Einführung gefeiert werden. Im Gegensatz zu den Feierlichkeiten zur Festschreibung der Wechselkurse am 1. Januar 1999 ist von einer Jubelstimmung aber heute wenig zu spüren. Viele der mit der Einführung der gemeinsamen Währung verbundenen Hoffnungen haben sich nicht oder allenfalls in Ansätzen realisieren lassen. Anstatt das europäische Einigungswerk zu krönen, haben die nach einer Dekade notwendigen Stabilisierungspakete die Union zu einer Zerreißprobe geführt. Während die Gesellschaften des Nordens über die von ihnen verlangten Solidarleistungen klagen, leiden jene des Südens unter den damit verknüpften Anpassungsprogrammen. Der Euro war zudem nicht in der Lage, dem Dollar seine Rolle als globale Leitwährung streitig zu machen, sein Anteil an den globalen Devisenreserven beträgt mit etwa 20 Prozent gerade einmal ein Drittel von jenem der US-Währung und ist in jüngerer Zeit sogar wieder zurückgegangen (ECB 2018). Auch der mit der Einführung der gemeinsamen Währung



**Professor Dr. Andreas Nölke**

Goethe-Universität Frankfurt am Main. Professur für Politikwissenschaft, insbesondere Internationale Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie

erwartete Wachstumsschub durch niedrigere Transaktionskosten im innereuropäischen Handel ließ sich nur in sehr beschränkten Rahmen realisieren (Plickert 2018). Im Gegenteil, in Südeuropa hat die gemeinsame Währung nach einem kurzen Boom zu einer anhaltenden Krise geführt, zur zunehmenden Verbitterung der dortigen Bevölkerung.<sup>1</sup>

Im Gegensatz zum Drama der Griechenlandkrise hört man in jüngerer Zeit allerdings recht wenig von der schwierigen ökonomischen und sozialen Situation in der südlichen Eurozone. Allenfalls die Konfrontation zwischen der italienischen Regierung und der Europäischen Kommission fand 2018 noch in den Medien einen größeren Widerhall. Dabei hat die Krise die Länder Südeuropas weiterhin voll im Griff. So bleibt die Arbeitslosigkeit trotz eines geringfügigen Rückgangs weiterhin hoch, gerade im Vergleich zu Deutschland (vgl. Tabelle 1). Am schlimmsten ist allerdings die weiterhin hohe Jugendarbeitslosigkeit. Da jene nun schon seit fast zehn Jahren anhält, wächst in den südeuropäischen Ländern eine „verlorene Generation“ heran, der gerade in den für den weiteren beruflichen Lebensweg essentiellen Jahren nach der Ausbildung die Partizipation im Arbeitsmarkt verwehrt wird. Hinzu kommt, dass viele der jungen Menschen in Südeuropa aufgrund der andauernd schwierigen wirtschaftlichen Lage auf eine Familiengründung verzichten (Schaffner 2014). Beide Entwicklungen führen nicht nur zu sozialen Tragödien, sondern auch zu politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen, letztere insbesondere in Bezug auf die ohnehin schon schwierige demographische Entwicklung in Europa.

*Tabelle 1:* Arbeitslosigkeit in südlicher Eurozone und Deutschland im Vergleich (jährlicher Durchschnitt, Anteil an der aktiven Bevölkerung)

|              | <b>Arbeits-<br/>losigkeit<br/>2015</b> | <b>Jugend-<br/>arbeitslosigkeit<br/>2015</b> | <b>Arbeits-<br/>losigkeit<br/>2016</b> | <b>Jugend-<br/>arbeitslosigkeit<br/>2016</b> | <b>Arbeits-<br/>losigkeit<br/>2017</b> | <b>Jugend-<br/>arbeitslosigkeit<br/>2017</b> |
|--------------|--|--|--|--|--|--|
| Deutschland  | 4,6                                    | 7,2  | 4,1                                    | 7,1  | 3,8                                    | 6,8  |
| Griechenland | 24,9                                   | 49,8   | 23,6                                   | 47,3   | 21,5                                   | 43,6   |
| Spanien      | 22,1                                   | 48,3   | 19,6                                   | 44,4   | 17,2                                   | 38,6   |
| Italien      | 11,9                                   | 40,3   | 11,7                                   | 37,8   | 11,2                                   | 34,7   |
| Portugal     | 12,6                                   | 32,0   | 11,2                                   | 28,2   | 9,0                                    | 23,8   |

Quelle: Eurostat

Warum lässt sich auch fast zehn Jahre nach Ausbruch der Eurokrise und trotz einer fast endlosen Serie von institutionellen Reformen keine durchgreifende Besserung feststellen? Und was sind die weiteren Perspektiven? Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir zunächst den Charakter der Krise und ihre Ursachen verstehen (1.). Vor diesem Hintergrund lassen sich dann die institutionellen Reformen zur Stabilisierung des Euros und die damit verbundenen Konflikte einordnen (2.). Abschließend stellt sich die Frage nach den weiteren Handlungsmöglichkeiten (3.).

# „Das Volk“ als Fluchtburg in Krisenzeiten. Zur Wiederkehr eines historisch gewachsenen Deutungsmusters im gegenwärtigen Rechtspopulismus

*Everhard Holtmann*

## Zusammenfassung

Die Wahlerfolge der AfD rühren daher, dass die Partei erfolgreich ein psychologisches Krisen-Reaktionsmuster bedient, das in Deutschland gegenwärtig verbreitet und auch historisch nachweisbar ist. Die verbindende ideologische Klammer der rechtspopulistischen Botschaft ist die Projektion von völkischer Identität, welche die Abgrenzung „des Eigenen“ gegen „das Fremde“ einschließt. Die geistigen Ursprünge des völkischen Ideologems und der damit verknüpften völkischen Feindbilder lassen sich bis in die Anfänge des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen.

## 1. Vorbemerkung: Psychologische Randbedingungen für das Aufleben des völkisch unterlegten Krisen-Reaktionsmusters

Beschleunigter ökonomischer und gesellschaftlicher Wandel, der sich zu einer existentiellen Krise verdichtet, stellt nicht nur die Institutionen des jeweils bestehenden wirtschaftlichen und politischen Systems, einschließlich der allgemein geltenden sozialmoralischen Maßstäbe und soziokulturellen Leitvorstellungen, auf den Prüfstand. Vielmehr bergen solche Krisenlagen auch besondere Herausforderungen für die betroffenen Menschen, welche die Auswirkungen der Krise persönlich zu spüren bekommen und darüber häufig das Vertrauen in Politik verlieren.

Für die Stabilität der Demokratie und die sie tragenden Parteien hat dies naturgemäß Folgen. Eine Folge ist: Auf dem Boden von Sorgen, Ängsten, Vorurteilen und vorweggenommenen Verlustserfahrungen gedeiht der Rechtspopulismus. In Zeiten einschneidender Krisen wird dieser Boden zu einer fetten Weide für Proteststimmungen



**Prof. Dr. Everhard Holtmann**

Forschungsdirektor am Zentrum für Sozialforschung der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg und Projektleiter des Kompetenzzentrums soziale Innovation Sachsen-Anhalt

und wachsende Sympathien für radikale Antiparteien, während umgekehrt das generelle Vertrauen in Institutionen und Repräsentanten des etablierten politischen Systems schrumpft.

Sogenannte Große Krisen beschleunigen eine derartige Entwicklung. Sie haben meistens ökonomische Ursachen, werden aber auch durch kulturelle Umbrüche ausgelöst. Kommt es zu wirtschaftlicher Rezession, herrscht Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und vor sozialem Abstieg vor. Das war zuletzt der Fall während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09. Wird indessen „das Eigene“ in seiner identitätsstiftenden Bedeutung als bedroht erachtet, tritt der Wunsch nach Abwehr „des Fremden“ in den Vordergrund. Einen solchen kulturellen Abwehrreflex hat in Deutschland die sich ab Sommer 2015 zuspitzende Migrationskrise ausgelöst.

Je nachdem also, ob eine Krise stärker ökonomisch oder kulturell aufgeladen ist, positionieren sich die betroffenen Menschen unterschiedlich in ihren Reaktionen, Schuldzuweisungen und Bewältigungsstrategien. Desunbeschadet erweist sich die *Denkfigur des Völkischen* als verbindende Klammer für ein typisches und historisch wiederkehrendes Krisen-Reaktionsmuster, das in Zeiten der Krise reaktiviert wird. Dabei können sich die Betroffenheit durch wirtschaftliche Depression und kulturelle Abwehrreflexe durchaus verbinden. Seit je her bedienen Rechtspopulisten diese Krisengefühle wirkungsvoll mit ihrer Agitation gegen „das System“, harscher Abrechnung mit „alten“ Eliten und einer erklärten Freund-Feind-Ideologie.

Das völkisch unterlegte Krisen-Reaktionsmuster hat sich in Deutschland, als die Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 rapide zunahm, schnell verbreitet und die seitherigen Wahlerfolge der AfD wesentlich mit herbeigeführt. Bei der Betrachtung einschlägiger Umfragedaten wird ferner erkennbar, dass schon die vorausgegangene Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 Besorgnis bezüglich des Bewahrens der eigenen, sprich deutschen Identität ausgelöst hatte. Der gegen „Umvolkung“ und „Überfremdung“ gewendete nationalistische Reflex wurde mithin in Ansätzen bereits nach dem Einbruch der globalen ökonomischen Turbulenzen auch hierzulande neuerlich freigesetzt.

Die Betonung liegt auf *neuerlich*. Denn die geistigen Ursprünge dieses Krisen-Reaktionsmusters lassen sich in Deutschland bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen. In den historisch aufeinander folgenden Entwicklungsschüben, von den Befreiungskriegen über den kolonialen Imperialismus und die Bewältigung der Folgen der Niederlage im Ersten Weltkrieg bis zur Weltwirtschaftskrise von 1929, die von großen Teilen der Bevölkerung als schicksalhaft für die Wahrung nationaler Größe und Identität begriffen wurden, hat die politische Rechte dieses Krisen-Reaktionsmuster wirkungsvoll bedient und dabei die völkische Karte erfolgreich ausgespielt.<sup>1</sup>

## 2. Krisenerfahrung und Krisenverarbeitung seit Anbruch des 21. Jahrhunderts

Während der ersten eineinhalb Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts sind in Deutschland, wie oben schon erwähnt, eine ursächlich wirtschaftlich induzierte und eine kulturell

# Die Pläne der Kommission für die EU-Finzen bis 2027 – stark am Status quo orientiert

*Kristina van Deuverden*

## Zusammenfassung

Die Kommission hat ihren Entwurf zum Mehrjährigen Finanzrahmen vorgelegt. Eine Analyse zeigt: deutliche Ausgabensteigerungen, der größte Teil der Mittel fließt weiter in die Agrar- und die Kohäsionspolitik; für Zukunftsbereiche – bspw. Investitionen, Wachstum oder Migration – bleibt nicht mehr viel übrig.

Ende des Jahres 2020 läuft der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) für die Europäische Union (EU) aus. Der Auftakt zu den Verhandlungen für den neuen MFR obliegt der EU-Kommission. Sie hat im Frühsommer 2018 ihren Entwurf für die Entwicklung der EU-Finzen in den Jahren 2021 – 2027 vorgestellt und ihn unter die Maxime „ein moderner Haushalt für eine Union, die schützt, stärkt und verteidigt“ gestellt (Europäische Kommission 2018a).

Haushaltspolitik steht grundsätzlich vor der Aufgabe, Ausgabenwünsche und Notwendigkeiten und – mal mehr, mal weniger – knappe Ressourcen miteinander in Einklang zu bringen. Eine Erhöhung von Einnahmen ist dabei im Allgemeinen nur in begrenztem Umfang möglich und es ist Aufgabe der Politik, Prioritäten auf der Ausgabenseite zu setzen. Insbesondere bei neuen Herausforderungen dürfen Kürzungen in herkömmlichen Bereichen daher kein Tabuthema sein.

Die Einigung war auf europäischer Ebene schon immer schwierig: Nicht nur, dass die EU-Kommission und das Europäische Parlament sich auf ein Zahlenwerk einigen müssen, auch alle Mitgliedsländer müssen dem Zahlenwerk zustimmen. Kürzungen



**Kristina van Deuverden**

wissenschaftliche Referentin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin)

waren dabei häufig nur schwer durchzusetzen. Dies liegt vor allem daran, dass bisher Begünstigte sich im Allgemeinen vehement gegen Kürzungen wehren. Da sich leicht berechnen lässt, ob ein Land von einer Maßnahme per saldo profitiert oder nicht und die Mitgliedstaaten den MFR einstimmig verabschieden müssen, zeigten sich immer wieder Beharrungstendenzen. Der Weg des geringsten politischen Widerstands lag oft in der Erhöhung der Beiträge.

Dieses Mal dürfte die Einigung aber wohl besonders schwer werden. Auf der Ausgabenseite haben globale Entwicklungen in den vergangenen Jahren deutlich werden lassen, dass in immer mehr Bereichen Antworten auf europäischer Ebene gegeben werden sollten. So machen flüchtlings- oder migrationspolitische Fragen nicht mehr an nationalen Grenzen halt und viele sicherheitspolitische Belange betreffen Europa als Ganzes. Diese neuen Aufgaben werden mit neuen Ausgaben einhergehen. Gleichzeitig muss die EU den Wegfall erheblicher Einnahmen verkraften, der mit dem Ausscheiden des Nettozahlers Großbritannien verbunden ist. Außerdem dürfte die Bereitschaft zu einer Erhöhung der Beiträge in einigen Ländern durch die nach wie vor engen haushaltspolitischen Spielräume begrenzt sein.

Zudem steht der Beschluss über den MFR nicht isoliert. Die Länder, die der Währungsunion angehören, stehen vor erheblichen Herausforderungen. Spätestens in der Finanz- und Staatsschuldenkrise hat sich gezeigt, dass der Bestand der Währungsunion durch Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung gefährdet sein kann. Institutionelle Reformen, um die Währungsunion krisensicher zu machen, sind notwendig (Juncker et al. 2016) und werden mit Ausgaben verbunden sein. Derzeit spricht einiges dafür, dass ein eigenes Budget für die Eurozone geschaffen werden könnte und dass die Entscheidung darüber wohl gemeinsam mit der Aufstellung des MFR getroffen werden wird.

Der Vorschlag der EU-Kommission vom Frühsommer 2018 wird nachfolgend einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Ursprünglich war vorgesehen, dass Rat und Parlament den neuen MFR auf Grundlage dieses Entwurfs bereits im Mai 2019 verabschiedet haben sollten. Dieser Termin wird nicht gehalten werden; der Europäische Rat wird sich für die Einigung wohl bis Herbst 2019 Zeit lassen. Wegen der vielen Besonderheiten des auf den institutionellen europäischen Rahmen abgestellten Prozesses sowie aufgrund wesentlicher Abweichungen vom Vorgehen auf nationaler Ebene, wird das europäische Haushaltsverfahren hier kurz skizziert.

## Das Budgetverfahren auf europäischer Ebene

Historisch bedingt, wird das Recht einen Haushalt zu beschließen, auch als Königsrecht des Parlaments bezeichnet und ist eng mit der demokratischen Legitimierung der ParlamentarierInnen verknüpft: politische Entscheidungen haben im Allgemeinen finanzielle Auswirkungen und darum sollen jene MandatsträgerInnen, die diese Entscheidungen treffen, auch die Verantwortung für die Haushaltspolitik tragen. Die EU geht allerdings auf die Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft zurück und ist auch heute noch – trotz Europäischen Parlaments – ein Staatenbund. Die Aufstellung des

# Die frühe Bildung und Betreuung in Deutschland: Familien- oder Bildungspolitik oder beides?

*C. Katharina Spieß und Josefine Koebe*

## Zusammenfassung

Die öffentlich finanzierte Kindertagesbetreuung ist zu einem elementaren Bestandteil des kindlichen Aufwachsens in Deutschland geworden – sowohl aus einer Perspektive der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch der frühen Förderung von Kindern. Sie bewegt sich damit im Spannungsfeld zwischen Familien- und Bildungspolitik. Mit diesem Spannungsfeld befasst sich dieser Beitrag und plädiert letztlich für eine an den Kindern und den Eltern orientierte Bildungs- und Familienpolitik.

## 1 Motivation und Hintergrund

Wie kaum ein anderes Thema in der Familienpolitik hat die frühe Bildung und Betreuung von Kindern außerhalb der Familien, d.h. die Kindertagesbetreuung, in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Auch für die Bildungspolitik ist die frühe Bildung zu einem zentralen Thema geworden.

Dieser Bedeutungszuwachs in beiden Bereichen spiegelt sich unter anderem darin, dass die Bildungs- und Betreuungsbeteiligung von Kindern vor Schuleintritt stark angestiegen ist, insbesondere bei Kindern unter drei Jahren: In Westdeutschland hat die Inanspruchnahme einer Kindertagesbetreuung in den letzten zehn Jahren von 10% in 2007 auf 29% in 2017 zugenommen, d.h. inzwischen besucht fast jedes dritte Kind dieser Altersgruppe eine Kindertageseinrichtung (Kita) oder eine Kindertagespflege<sup>1</sup>. In Ostdeutschland ist im gleichen Zeitraum die frühe Bildungs- und Betreuungsbeteiligung von 41% auf 51% gestiegen. Kinder im sogenannten Kindergartenalter (drei Jah-



**Univ.-Prof. Dr. C. Katharina Spieß**

Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und Professorin für Bildungs- und Familienökonomie an der Freien Universität Berlin



**Josefine Koebe**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin

re bis Schuleintritt) weisen schon seit vielen Jahren höhere Nutzungsquoten auf. Sie sind demzufolge in den letzten Jahren weniger stark gestiegen. So liegt die Nutzungsquote der Drei- bis Fünfjährigen vergleichsweise konstant bei etwa 94% und unterscheidet sich kaum noch zwischen West- und Ostdeutschland. Bereits seit 1996 haben Kinder im Alter von drei Jahren und älter einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kita. Allerdings hat sich in diesem Bereich in den letzten Jahren der tägliche Betreuungsumfang von Kindern stark verändert. Immer mehr Kinder nutzen die entsprechenden Angebote ganztätig. Tatsächlich ist die ganztägige Bildungsbeteiligung in Westdeutschland seit 2006 von fast 33% der Kinder in einer Kindertagesbetreuung bis 2017 auf 44% gestiegen, während in Ostdeutschland die Ganztagsbetreuung auf einem weit höheren Niveau in diesem Zeitraum von 62% auf 78% angestiegen ist<sup>2</sup>. Insgesamt ist also festzuhalten, dass heute immer mehr Kinder deutlich früher eine Kindertagesbetreuung besuchen und dort durchschnittlich mehr Zeit verbringen.

Damit sind Kitas heute zu einem wichtigen Bestandteil des kindlichen Aufwachsens und „Kita-Politik“ zu einem zentralen Politikfeld geworden. Viele Akteure der Familien- als auch der Bildungspolitik proklamieren dementsprechend, dass die frühe Bildung und Betreuung von elementarer Bedeutung sei. Welchem Politikfeld ist sie aber originär zuzuordnen? Welche besonderen Merkmale weist die deutsche „Kita-Politik“ auf? Welche Perspektiven waren für die Gestaltung dieses Politikfeldes in Deutschland relevant und wie haben sich diese über die Zeit verändert? Eine Auseinandersetzung mit diesen und damit verbundenen Fragen ist das Ziel dieses Beitrags. Dabei werden relevante Merkmale dieses Bereichs hervorgehoben, an denen die Fragestellungen besonders gut diskutiert werden können.

## 2 Grundsätzliche Funktionen der Kindertagesbetreuung

Grundsätzlich können der frühen Bildung und Betreuung zwei zentrale Funktionen zugeordnet werden. Zum einen erfüllt die Kindertagesbetreuung eine Bildungsfunktion, indem sie maßgeblich zur kindlichen Förderung und Entwicklung beiträgt. Ein Ziel, was bildungs- als auch familienpolitisch von Relevanz ist und im Sinne einer präventiven Sozialpolitik interpretiert werden kann. Zum anderen ermöglicht die Kindertagesbetreuung beiden Elternteilen eine Erwerbstätigkeit – sie fördert damit eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Ein Ziel, was ebenfalls der Familienpolitik zugeordnet wird, im weiteren Sinne aber auch arbeitsmarktpolitisch und sozialpolitisch von Bedeutung ist.

Auch auf der Basis sozialwissenschaftlicher Analysen lässt sich zeigen, dass die Kindertagesbetreuung diese beiden Funktionen tatsächlich erfüllt – wenn auch für unterschiedliche Gruppen in unterschiedlichem Umfang. Während die Vereinbarkeitsfunktion der Kindertagesbetreuung primär Gegenstand von familien- und arbeitsmarktökonomischen Forschungsarbeiten ist, wird ihre Bildungsfunktion vorrangig von bildungswissenschaftlichen und nur in Ansätzen in familienwissenschaftlichen Arbeiten untersucht. Dies wird im Folgenden für Deutschland auf der Basis ökonomischer Wirkungsstudien zusammenfassend skizziert.

# „Der Mensch ist lernfähig, aber nicht belehrbar“

Gottfried Richenhagen

Dieser Satz ist die populärwissenschaftliche Kurzfassung eines Lernkonzeptes, das in der Wissenschaft sehr bekannt ist. Es wird auch als *konstruktivistische Lerntheorie* oder als *konstruktivistische Pädagogik* bezeichnet. Man kann diesen Satz z.B. sowohl in einer Stellenanzeige für einen Lehrer in einer Montessorischule finden, als auch in einem Vortrag eines Pädagogik-Professors.

Das hier zum Ausdruck gebrachte Lernkonzept verabschiedet sich von der Vorstellung, einem Menschen Wissen, Fertigkeiten oder gar Qualifikationen „eintrichtern“ zu können – wir alle erinnern uns an den „Nürnberger Trichter“ –, sondern es legt Wert darauf, Lernen als aktiven, auch emotionalen Prozess zu verstehen.

Als aktive Reaktion auf relevante Ereignisse der Umwelt konstruiert der Lernende nach diesem Konzept beim Lernen seine Wahrnehmung selber. Von außen kann er nur angeregt und unterstützt werden. Die Lernsituation, in die er durch Schule, Hochschule, Arbeits- oder Lebenswelt gestellt wird, ermöglicht ihm das Lernen, aber lernen muss er schon selber, durch Selbststeuerung, durch Eigenregie, durch Entwickeln und Einsetzen von Emotionen.

So z.B. bei diesem Text. Der Leser oder die Leserin bildet das, was gerade gelesen wird, nicht quasi fotografisch im Kopf ab, sondern die Worte lösen eigene Gedanken, Assoziationen und Emotionen aus, die selber verarbeitet werden, und dies bewirkt das Lernen – hoffentlich.

Oder um es mit Rolf Arnold, einem Vertreter der konstruktivistischen Pädagogik zu sagen: Man geht von der Vorstellung aus,



**Prof. Dr. Gottfried Richenhagen**

Prof. für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Public Management (ifpm) der FOM Hochschule für Oekonomie & Management gGmbH Essen

# Digitalpakt kontrovers. Die falsche Alternative: Die Schulen retten oder den Föderalismus retten?

*Roland Sturm*

Schon bei den Verhandlungen zur Bildung einer neuen GroKo fiel auf, dass einerseits großer Konsens unter den Beteiligten (einschließlich der Landespolitiker) herrschte, dass es in Deutschland einer besonderen Anstrengung zur Modernisierung seines Bildungswesens bedarf, dass aber andererseits keiner der Beteiligten sich um die Kompetenzverteilung im Bundesstaat scherte. Zur Disposition gestellt wurde die mit der Föderalismusreform I von 2006 zum Schutz der Länderkompetenzen ins Grundgesetz aufgenommene, später polemisch als Kooperationsverbot bezeichnete Regel, dass der Bund den Ländern nur dann Finanzhilfen geben darf, wenn sein Handeln Politikfelder betrifft, für die er selbst Gesetzgebungskompetenz hat. Der alltägliche nonchalante Umgang mit Länderkompetenzen passt in das Gesamtbild eines föderalen Deutschland mit wenigen Anhängern des Föderalismus. Auf den Punkt bringt das beklagenswerte Desinteresse am Föderalismus als Wahrer demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten (vertikale Gewaltenteilung) der auch von der Bundeskanzlerin oft bemühte Satz: Den Bürgern ist es egal, wer für was zuständig ist. In der Bundespolitik herrscht zudem nicht nur auf dem Feld der Bildungspolitik das Vorurteil vor, je zentraler desto besser.

## Besser einheitlich?

Heike Schmoll kommentierte in der FAZ (14.12. 2018, S. 1): *„In der Bundestagsdebatte forderten jüngst auch in der Regel gut informierte Abgeordnete die Entwicklung von nationalen Bil-*



**Prof. Dr. Roland Sturm**

Institut für Politische Wissenschaft  
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg  
Mitherausgeber von GWP

# Die Konfliktanalyse als Unterrichtsmethode im Lernfeld „Internationale Beziehungen“ – am Beispiel der Nordkorea-Krise

Christian Fischer

## Zusammenfassung:

Internationale Konflikte gehören zu den Gegenständen des Politikunterrichts im Lernfeld „Internationale Beziehungen“. Für ihre Bearbeitung eignet sich die Methode *Konfliktanalyse*. Der vorliegende Beitrag setzt sich mit der didaktischen Idee, den Chancen und den Herausforderungen dieser Unterrichtsmethode an einem konkreten Unterrichtsbeispiel für die Sekundarstufe I, der Konfliktanalyse *Nordkorea-Krise*, auseinander.

## 1. Internationale Konflikte unterrichten: Aber wie?

Der Krieg in Syrien und im Jemen, die bisher ungelöste Ukraine-Krise, der Israel-Palästina-Konflikt, der Atomkonflikt mit dem Iran; diese kleine Auswahl aktueller internationaler Konflikte verdeutlicht den unruhigen Zustand unserer Welt. In diese Auswahl gehört auch der Atomkonflikt mit Nordkorea. Ende 2017/Anfang 2018 tauschten Nordkorea und die USA im Zuge der nordkoreanischen Atom- und Raketentests atomare Vernichtungsdrohungen aus. Nordkorea galt zu diesem Zeitpunkt als der „gefährlichste[] Krisenherd der Welt“ (Reichert 2018: 7). Im Frühjahr 2018 hat sich dann die Situation entspannt. Nordkorea kündigte das Ende seiner Atomtests sowie eine Normalisierung seiner Beziehungen zu Südkorea an, was durch zwei Treffen zwischen dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-un und dem südkoreanischen Präsidenten untermauert wurde. Auch die Zusammenkunft von US-Präsident



**Dr. phil. Christian Fischer**

Lehrer für Sozialkunde und Geschichte, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Erfurt, Erziehungswissenschaftliche Fakultät

Donald Trump mit Kim Jong-un in Singapur gehört in diesen Zusammenhang. Offen bleibt aber, ob sich wirklich eine echte Annäherung und Entspannung einstellt.

Insgesamt kann das Nachdenken über aktuelle internationale Konflikte nicht nur zu einem Gefühl der Beunruhigung, sondern auch schnell zu dem der Überforderung führen, denn viele Krisenherde sind schwer zu verstehen. Die Auseinandersetzung mit internationalen Konflikten gehört daher zu den Aufgaben des Politikunterrichts. Sie folgt der didaktischen Intention, den Jugendlichen grundlegende Einblicke in ausgewählte Konfliktkonstellationen zu ermöglichen und exemplarisch konfliktanalytisches Denken einzuüben (vgl. Sander 2014: 389-391). Aber wie soll das im Unterricht geschehen? Eine geeignete Unterrichtsmethode hierfür ist die Konfliktanalyse. Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, die didaktische Idee, die Chancen und die Herausforderungen dieser Methode an einem konkreten Unterrichtsbeispiel für die Sekundarstufe I, der Konfliktanalyse *Nordkorea-Krise*, aufzuzeigen und zu diskutieren. Damit verbindet sich zugleich der Anspruch, auf einzelne Merkmale und lernbezogene Zusammenhänge hinzuweisen, die bisher eher wenig im Fokus politikdidaktischer Überlegungen standen.

## 2. Die Konfliktanalyse als politikdidaktische Unterrichtsmethode

Politische Konflikte erscheinen in ihrer Konstellation häufig kompliziert und verworren, weshalb sie sich einem schnellen Verstehen entziehen. Die Unterrichtsmethode *Konfliktanalyse* reagiert auf diese Herausforderung mit der Idee, „politische Fragen“ an einen Konflikt „zu stellen“, um ihn auf diese Weise „politisch zu analysieren“ (Giesecke 1974/2011: 97). Die aus politischen Kategorien abgeleiteten Fragen leiten die Untersuchung des Konflikts in der Konfliktanalyse an. Sie helfen den Konflikt denkend-analysierend aufzuschließen (Reinhardt 2016: 79, 88).

Hermann Giesecke, der die Konfliktorientierung als politikdidaktisches Prinzip entworfen hat, arbeitete elf verschiedene Kategorien für die Analyse von Konflikten heraus: *Konflikt*, *Konkretheit*, *Macht*, *Recht*, *Interesse*, *Solidarität*, *Mitbestimmung*, *Funktionszusammenhang*, *Ideologie*, *Geschichtlichkeit* und *Menschenwürde*. Allerdings müssen in einer Konfliktanalyse nicht immer alle elf Kategorien Berücksichtigung finden; je nach Gegenstand, Lerngruppe und zur Verfügung stehender Unterrichtszeit kann es didaktisch sinnvoll sein, die Konfliktanalyse lediglich an einigen wenigen ausgewählten Kategorien auszurichten. Wie bereits erwähnt begegnen die Kategorien den Lernenden in Form von Leitfragen, die sie an den Konflikt stellen. Für die Kategorien *Konkretheit*, *Interessen* und *Ideologie* lauten diese Leitfragen beispielsweise: „Wer ist an dem Konflikt beteiligt?“, „Worum geht es in dem Konflikt?“, „Welche Konfliktparteien haben welche Sichtweisen und Interessen?“ (vgl. Abschnitt 4).

Die methodische Durchführung einer Konfliktanalyse lässt sich an fünf Phasen ausrichten: I. Konfrontation, II. Analyse, III. Stellungnahme, IV. Kontrovers-Verfahren und V. Generalisierung. Ich folge dabei der methodischen Durchführungsstruktur, die Sibylle Reinhardt entwickelt hat. Diese Durchführungsstruktur zielt auf einen stundenübergreifenden Auseinandersetzungsprozess mit dem Gegenstand, auf seine Erschließung und Beurteilung, ab. In der Phasenabfolge ist ein genuiner Lehr-Lern-Weg ange-

# Soziologische Theorie im sozialwissenschaftlichen Unterricht am Beispiel der Studie „Etablierte und Außenseiter“ von Norbert Elias und John L. Scotson

*Christopher Wennrich und Marius Bosse*

## **Zusammenfassung:**

Wissenschaftspropädeutik in Form des Thematisierens von wissenschaftlichen Originaltexten ist zurzeit kein fachdidaktisch relevantes Thema. Eine Ausnahme bildet das von *Zurstrassen* (2012) publizierte und mit einem Anwendungsbeispiel versehene Analyseraster für sozialwissenschaftliche Theorien. Auf dieser Grundlage und am Beispiel der überaus aktuellen Theorie der Etablierten-Außenseiter-Beziehungen von Norbert Elias wurde eine Unterrichtsreihe konzipiert, welche inzwischen wiederholt erprobt und stetig weiterentwickelt wurde.

In dem vorliegenden Beitrag wird diese direkt einsetzbare, mit Materialien verknüpfte Unterrichts-idee vorgestellt, welche die unterrichtspraktische Eignung des Analyserasters reflektiert und zugleich unsere Forderung nach der unterrichtlichen Auseinandersetzung mit der im schulischen Kontext zumindest wenig prominenten Theorie begründet.

## 1. Einleitung

Wissenschaftspropädeutik in Form des Thematisierens von wissenschaftlichen Originaltexten ist zurzeit kein fachdidaktisch relevantes Thema. Ein Blick in sozialwissenschaftliche Oberstufenbücher zeigt, dass längere, nicht didaktisierte Originaltexte auch in der Unterrichtspraxis eine eher untergeordnete Rolle spielen. Denn Schulbücher gehören nach wie vor zu den unterrichtlichen Leitmedien. Die Gründe sind vielfältig. Gegen eine intensive Textarbeit ins Feld geführt werden jedenfalls immer die (zu Recht) aus der Mode geratene lehrerstrukturierte Rekonstruktion der Texte sowie mo-



**Christopher Wennrich**

Master of Education, Lehrer für Politik/Sozialwissenschaften und Sport, Studienrat an einem Gymnasium im Märkischen Kreis



**Marius Bosse**

Lehrer für Mathematik, Gesellschaftslehre, Sozialwissenschaften und Sport, Studienrat an einer Gesamtschule in Wuppertal

tivationale Risiken von Schülerseiten her (vgl. auch Mühlhoff & Reinhardt, 2007).

Ein bestimmender Grund dürfte jedoch auch die bereits in den 1970er Jahre konstatierte und bis heute weitgehend fehlende didaktische Aufarbeitung soziologischen Wissens sein (vgl. Späte, 2005). Eine Ausnahme bildet das von *Zurstrassen* (2012) publizierte, mit einem Anwendungsbeispiel versehene Analyseraster für sozialwissenschaftliche Theorien. Ausgehend von einer ersten, im Rahmen einer universitären Seminarsitzung erprobten Anwendung des Rasters erwuchs die Frage nach der Praktikabilität des Rasters für die unterrichtliche Praxis sowie damit in Verbindung stehender Fragen wie weiterer geeigneter Texte. Das Vorhaben mündete in der Konzeption einer Unterrichtsreihe, die gemeinsam mit *M. Bosse* in zwei Sowi-Kursen der Jahrgangsstufe 11 der Gesamtschule Barmen durchgeführt und letztlich evaluiert wurde (Wennrich, 2015). Als wissenschaftlicher Originaltext wurde die Theorie der „Etablierten-und-Außenseiter-Beziehungen“ von Norbert Elias gewählt. Mit dem Beitrag soll eine mittlerweile *wiederholt* erprobte und stetig weiterentwickelte Unterrichtsidee vorgestellt werden, die die unterrichtspraktische Eignung des Analyserasters reflektiert und gleichzeitig unsere Forderung nach der unterrichtlichen Auseinandersetzung mit einer im schulischen Kontext zumindest wenig prominenten Theorie begründet.

## 2. Zentrale Forschungsergebnisse der Fallstudie „Etablierte und Außenseiter“

*Norbert Elias* und sein Schüler *John L. Scotson* analysierten Ende der 1950er Jahre eine in den englischen Midlands gelegene, im Wachstum befindliche, industrielle Gemeinde mit etwa 5000 Einwohnern. Der Ort war in drei Wohnbezirke, sog. Zonen aufgeteilt, wobei in Zone 1 weitestgehend der Mittelstand angesiedelt war und Zone 2 und 3 Arbeiterviertel waren (vgl. Elias & Scotson, 1993, S. 63). *Winston Parva* wurde auf Initiative des Unternehmers *Charles Wilson* bereits in den 1880er Jahren gegründet. Er ließ dort als Gesellschafter auf einem bis dahin un bebauten Wiesengelände, welches der Zone 2 entspricht, u.a. kleine Ziegelhäuser und mehrere Fabriken errichten. Die Zonen 1 und 3 entstanden zeitlich gesehen Jahrzehnte nach Zone 2, wobei die nach der Errichtung zunächst kaum bewohnte und von den Einheimischen gemiedene und mit Vorbehalten betrachtete Zone 3 – auch Siedlung genannt – der jüngste Teil war. Die Nachfrage nach Siedlungswohnungen war zunächst verhalten, erhöhte sich aber um 1940 aufgrund kriegsbedingter (Fabrik-)Zerstörungen in London schlagartig. Als 1940 über 100 Londoner en bloc nach *Winston Parva* siedelten, wurde die alteingesessene (etablierte) und sich untereinander sehr vertraute Arbeiterschaft schlagartig mit einer Gruppe von Zuzüglern (Außenseitern) in ihrer Nachbarschaft konfrontiert. (vgl. Elias & Scotson, 1993, S. 78ff.).

Das Ergebnis dieser Untersuchung ist die Mitte der 1960er Jahre erstmals publizierte Fallstudie „Etablierte und Außenseiter“, die zu einem späteren Zeitpunkt von *Elias* in alleiniger Autorschaft zu einer Theorie der Etablierten-Außenseiter-Beziehungen verdichtet wurde (Treibel, 2008).

# Kann man die Demokratie vor ihrem Niedergang retten?

*Friedbert W. Rüb*

Das Buch, das hier zu besprechen ist, hat einen schwarzen Umschlag, mit riesigen weißen Buchstaben titelt es „Wie Demokratien sterben“. Noch so ein Buch also, das den Tod – und nicht nur eine Krise – der Demokratie ankündigt. Solche Bücher über die Krise der Demokratie gibt es zuhauf, gute wie schlechte. Aber noch eines über ihren Tod – ergänzt mit Ratschlägen, was wir dagegen tun können und obwohl wir wissen, dass der Tod ein nicht aufzuhaltendes Zeitgenosse ist, zumindest im Leben. Wie oft sind tiefgreifende Krisen der Demokratie diagnostiziert worden, wie oft ist ihr Untergang beschworen worden und wie oft sind – zumeist rezeptbuchartig – Ratschläge erteilt worden, was man dagegen tun kann? Und nun noch ein solches Buch? Zudem gilt: Tot gesagte leben länger und so ganz ohne Plausibilität ist dieses Sprichwort nicht. Denn die Demokratie ist in vielen Ländern robust, sie wird von so mancher, auch manchmal schweren ‚Erkältung‘ befallen, aber sie erholt sich in der Regel wieder.

Also erneut ein Buch, das besagte Katastrophenszenarien wiederholt, deren Wahrheitsgehalt nur schwach ist und von der Wirklichkeit widerlegt wird? Nein, ein solches Buch ist es gewiss nicht, sondern das genaue Gegenteil. Selten sind so klar und in einer solchen analytischen und klaren Tiefe die Krankheiten der gegenwärtigen Demokratien dargestellt worden. Nebenbei nimmt man, ohne dass man es unbedingt merkt, an einem erhellenden und gründlichen Einführungskurs in die Demokratietheorie teil.



**Prof. em. Dr. Friedbert W. Rüb**

Seniorprofessor für Politische Soziologie und Sozialpolitik, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt Universität Berlin

Steven Levitsky und Daniel Ziblatt, *Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können*, München 2018

